

TÜRKEI: Die noch immer schwierige Lage der Christen



Zerstörte Kirche in Ankara

Die Türkei will in die Europäische Union. Menschenrechtler sehen jedoch große Defizite in der türkischen Gesellschaft was die Meinungs- und Religionsfreiheit betrifft. Unser Mitarbeiter Thomas Müller beleuchtet die schwierige Lage der Christen in der Türkei.

ausland **PUR**

Die Türkei hat sich entschieden“, erklärte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am 9. Januar 2004 beim 6. Internationalen Bertelsmann-Forum, und fügte hinzu, dass 75 Prozent seiner Landsleute die Mitgliedschaft in der Europäischen Union wünschten. Die Zustimmung der Bevölkerung sei damit höher als in vielen osteuropäischen Beitrittsländern. Doch bis jetzt wurden noch nicht einmal offizielle Beitrittsverhandlungen begonnen.

Knackpunkt: Menschenrechte

Der Europäische Rat hatte im Dezember 2002 in Kopenhagen entschieden, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Verzug eröffnet werden, wenn sie auf der Grundlage eines Berichtes und einer Empfehlung der Kommission im Dezember 2004 die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt. Und daran arbeitet die türkische Regierung seither unermüdlich. Nacheinander wurden vom Parlament eine Reihe von wichtigen Gesetzesänderungen beschlossen:

- Verbesserung der Bedingungen im Polizeigewahrsam
- Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Folter
- Liberalisierung des Vereinsrechts
- Erleichterung des Immobilienerwerbs durch Minderheitenstiftungen
- Neustrukturierung der Gerichte in der Türkei gemäß den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte

- Legalisierung von Rundfunksendungen in fremden Sprachen und Dialekten, die im täglichen Leben gebraucht werden
- Erleichterung bei der Eröffnung von Gebetshäusern
- Aufhebung der gesetzlichen Regelungen, die bei Tötung aus Blutrache Strafminderungen vorsehen.

Tatsächliche Umsetzung entscheidend

Diese Neuerungen sind bemerkenswert, doch müssen sie erst noch in der Realität „gelebt“ werden, sollen sie nicht bloße „Papiertiger“ sein. Dass es noch ein langer Weg bis zu wirklich rechtsstaatlichen Verhältnissen ist, machen drei aktuelle Fälle von Menschenrechtsverletzungen deutlich, die den in Krefeld und Duisburg ansässigen Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) im Dezember 2003 erreichten. Der AKM geht dabei davon aus, dass diese Vorgänge nicht die Billigung der Zentralregierung erfahren, „doch sollte sich Ministerpräsident Erdogan persönlich darum kümmern, dass den Betroffenen Gerechtigkeit widerfährt“.

Angriffe auf eine Kirche und Kirchenmitglieder in Ankara

Am 1. April 2003 entdeckten Mitglieder der Evangelischen Gemeinde in Ankara im Stadtteil Keciören, dass die Fenster ihres neuen Kirchengebäudes eingeschlagen worden waren. Die Täter waren in das Gebäude eingebrochen und hatten randaliert, indem sie Farbe auf den Fußboden, die Möbel und den neuen Teppich warfen. Danach versuchten sie, die Kirche anzuzünden. In der darauffolgenden Nacht wurde ein weiterer Versuch unternommen, die Kirche abzubrennen. Während der nächsten zwei Wochen hatten die Täter noch fünf Mal versucht, die Kirche abzubrennen. Bei einem Versuch, das Gelände vor weiterem unbefugtem Eindringen abzusichern, wurden drei Gemeindeglieder mit Messern angegriffen. Am Anfang wollte die örtliche Polizei

noch nicht einmal ein Protokoll über den Vorfall aufnehmen. Als sie später überredet werden konnten, versuchten die Beamten, den Sachverhalt herunterzuspielen, indem sie nur über den materiellen Schaden berichteten, nicht aber über den Angriff auf Leib und Leben.

Nachdem man festgestellt hatte, dass die Behörden nicht sehr hilfsbereit waren, hatten sich die Gemeindemitglieder an verschiedene ausländische Botschaften gewandt. Von dort hatten sie Verständnis und Unterstützung erfahren und manche Vertretungen haben durch ihr Erscheinen bei den Gerichtsverhandlungen Druck ausgeübt. Während einer solchen Verhandlung wurde der türkische Pastor der Gemeinde vom Vorsitzenden Richter wegen seines Glaubens lächerlich gemacht.

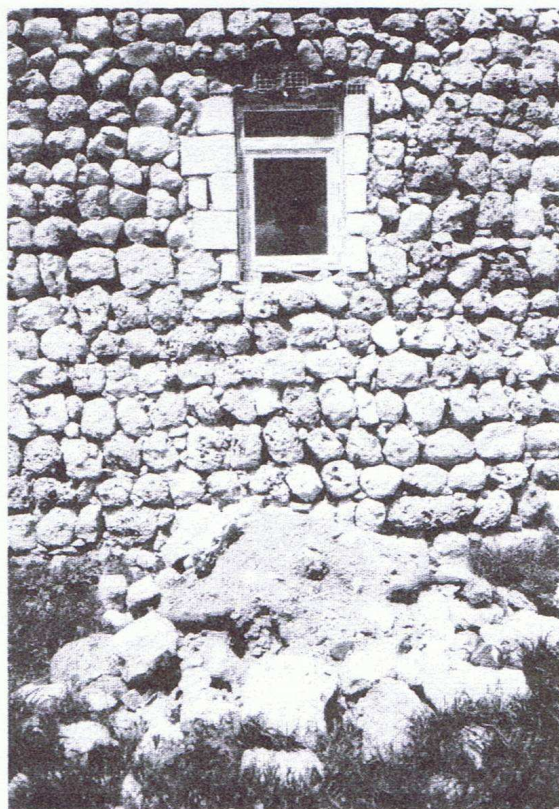
Bursa: Gemeindemitglied zusammengeschlagen

Yakup Cindilli, 32, wurde am 23. Oktober 2003 in seiner Heimatstadt Orhangazi (nahe Bursa) so schwer zusammengeschlagen, dass er in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste. Beide, Cindilli und sein Freund Tufan Orhan hatten Neue Testamente weitergegeben, als sie angegriffen wurden. Die nationale Milliyet-Zeitung berichtete am 26. Oktober, dass Cindilli und Orhan wegen ihrer „missionarischen Propaganda“ geschlagen wurden. Die örtliche Polizei nahm drei Verdächtige fest, die sich zur Zeit in Untersuchungshaft befinden. Einer der Festgenommenen, Metin Yildirim, ist der Vorsitzende des örtlichen Vereins der Partei der Nationalen Bewegung (MHP).

Obwohl Yakup Cindilli ursprünglich bei Bewusstsein und in der Lage war, mit seiner Familie zu sprechen, fiel er während seines zweiten Tages im Krankenhaus ins Koma. Berichten der behandelnden Ärzte im Staatlichen Krankenhaus Bursa zu-



Nuri Demir



Haus von Nuri Demir: Zerbrochene Scheiben

folge ist das Koma eine Folge eines Blutgerinnsels, das sich wegen der Verletzungen des Kopfbereichs gebildet haben muss. „Yakup wurde nach mehreren Wochen im Koma aus dem Krankenhaus entlassen, aber er ist

nach wie vor nicht bei vollem Bewusstsein und kann niemanden erkennen“, berichtet ein Freund der Familie. „Es besteht wenig Hoffnung, dass er jemals wieder ganz gesund wird und er bleibt möglicherweise sein Leben lang ein Pflegefall“.

Sowohl beim ersten wie auch beim zweiten Gerichtstermin versammelten sich vor dem Gerichtsgebäude ein Menge von MHP-Anhängern, die mit ihren Parolen behaupteten, dass die eigentlichen Kriminellen die Christen wären und dass der Staat seine Verantwortung nicht wahrnehmen würde, da er Bibelverbreitung nicht unterbinde.

Die Staatsanwaltschaft und andere offizielle Stellen versuchen, das Ereignis herunterzuspielen, so als ob es sich um eine gewöhnliche Schlägerei gehandelt hätte. Obwohl es bekannt war, dass der Angriff auf Grund von Cindillis und Orhans Bekenntnis zum Christentum stattgefunden hatte, wurden keine weiteren Untersuchungen in dieser Richtung unternommen.

Angriffe auf assyrische Rückkehrer in Kafro

Aber nicht nur christliche Konvertiten müssen Angriffe auf Leib und Leben fürchten. Zehntausende von christlichen Assyern sind aus ihrer Heimat in der Osttürkei nach Mitteleuropa oder Nordamerika ausgewandert, weil sie es leid waren, zwischen den verfeindeten Fronten zu stehen, vor allem zwischen kurdischer PKK und dem türkischen Militär. Nachdem es jetzt wieder ruhiger geworden ist und auch die türkische Regierung für die Rückkehr wirbt, haben sich einige assyrische Familien entschlossen, sich wieder in der alten Heimat anzusiedeln. Mit welchen Schwierigkeiten sie aber zu kämpfen haben, machen die Vorgänge in Kafro deutlich.

Nuri Demir, Assyrer mit deutschen Pass und aus Kafro abstammend, wohnt seit rund zwei Jahren auf eigene Faust in der Heimat und setzt sich auf freiwilliger Basis für den Wieder-

aufbau des seit 1995 leerstehenden Dorfes Kafro ein. Nuri Demir ist Mitglied des in der Schweiz ansässigen Entwicklungsvereins Kafro, welcher die Rückkehr von 19 Familien in das Heimatdorf Kafro organisiert.

Während Nuri Demir und Garabet Demir, ein weiterer Rückkehrer, am 19. April 2003 zusammen mit den Renovationsarbeiten ihrer Häuser beschäftigt sind, organisieren und bewaffnen sich neun junge Männer aus Barmunes, ein hauptsächlich von Kurden besetztes Nachbardorf von Kafro, mit Äxten, Schlagstöcken und Steinen.

Der Entwicklungsverein schildert gegenüber dem Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) den weiteren Verlauf wie folgt: „Am späten Vormittag werden Nuri und Garabet Demir von der kriminellen und in der Zahl überlegenen Gruppe überrascht. Die Gruppe kommt zielgerichtet und ohne vorliegende verbale Auseinandersetzung den beiden entgegen. Herr Garabet Demir wird von vier Personen festgehalten und auf ihn leicht eingeschlagen. Bei Herrn Nuri Demir schlagen die anderen fünf Personen jedoch schwer ein. Er wird am Kopf schwer verletzt. Trotzdem kann er sich von den Angreifern loslösen und rennt mit letzter Kraft zu seinem Minibus, wo er zu seiner legalen Schrotflinte greift. Er feuert zur Selbstabwehr auf die Angreifer ab. Er verletzt dabei zwei von ihnen. Daraufhin benachrichtigt Herr Garabet Demir sofort telefonisch den Militärkommandanten von Midyat. Das Militär rückt ein und bringt die Verwundeten zur Verarztung ins Spital. Herr Nuri Demir wird nach der ärztlichen Behandlung zusammen mit einem der Angreifer inhaftiert. Letzterer wird jedoch nach einer Verhörung wieder freigesetzt. Die Restlichen werden ohne Verhör auf freiem Fuß gelassen. Später werden dann sämtliche Hausscheiben von Herrn Nuri Demir von denselben Personen total eingeschlagen, so dass alle auf eigene Kosten ersetzt werden mussten“.

Von der Staatsanwaltschaft wurde ein strafrechtliches Verfahren wegen doppelten Mordversuches gegen den in Notwehr handelnden Nuri Demir

eingeleitet, wobei 24 Jahre Haft gefordert werden. Die Angreifer aber kommen ungeschoren davon.

Der Entwicklungsverein Kafro setzte sich für die Befreiung von Nuri Demir ein, wobei er auch die Unterstützung durch den syrisch-orthodoxen Erzbischof Mor Timotheos Samuel Aktas erhielt. Unterdessen hatte sich eine Delegation vom Entwicklungsverein Kafro mit den Angehörigen der Verwundeten vor Ort getroffen verhandelt und eine Versöhnung in die Wege geleitet. Die Vertreter des Dorfes Barmunes sowie die Verwandten der jungen Männer verurteilen die Tat und entschuldigen sich für den verantwortungslosen Übergriff. Sie nehmen die Klage gegen Nuri Demir zurück. Auch sie möchten sich für ein friedliches nachbarliches Zusammenleben einsetzen. Die Staatsanwaltschaft aber hält an dem Verfahren gegen Nuri Demir fest. Schließlich wurde Nuri Demir am 9. Juli 2003 - nach drei Monaten Untersuchungshaft - dem Richter vorgeführt. Obwohl die Anwälte einen Freiheitsentzug von mindestens fünf Jahren prognostizieren, erhält der völlig unschuldige Nuri Demir eine 5-jährige Bewährungsstrafe und wird aus der Haft entlassen.

Die Freilassung ist die eine Sache. Wie der Entwicklungsverein Kafro mitteilte, befindet sich der schwer verletzte Nuri Demir noch immer in ärztlicher Behandlung und wird vermutlich bleibende körperliche Schäden zurückbehalten.

Von Ministerpräsident Erdogan Gerechtigkeit verlangen

Der Arbeitskreis Menschenrechte (AKM) möchte Ministerpräsident Erdogan beim Wort nehmen. Er verlangt in diesen konkreten Fällen Gerechtigkeit für die Betroffenen, was auch Schmerzensgeld und Schadensersatz einschließt. Dazu hat er Unterschriftenaktionen ins Leben gerufen und bittet um tatkräftige Unterstützung. Unterschriftenlisten sowie weitere Informationen sind kostenlos erhältlich beim AKM, Kempener Str. 41, D-47839 Krefeld, Tel. 02151-654948, Fax: 02151-657697.